

Verordnung über den Weinbau (Weinbauverordnung)

Vom 29. März 2000

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf Art. 178 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz) vom 29. April 1998¹⁾, auf Art. 2 Abs. 5, Art. 3 Abs. 4, Art. 8 Abs. 4 und Art. 10 Abs. 3 der Verordnung über den Rebbaubau und die Einfuhr von Wein (Weinverordnung) vom 7. Dezember 1998²⁾, auf § 35a und § 35b des Gesetzes über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (kantonales Landwirtschaftsgesetz) vom 11. November 1980³⁾ sowie auf § 1 Abs. 1 lit. a und § 2 Abs. 1 des Dekretes über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977⁴⁾,

beschliesst:

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1⁵⁾

Der Vollzug des Bundesrechts über den Weinbau obliegt der Abteilung Zuständigkeit Landwirtschaft des Departements Finanzen und Ressourcen bzw. der ihr unterstellten Zentralstelle für Weinbau, soweit nicht andere Amtsstellen oder Organisationen als zuständig erklärt werden.

§ 2

Die Zentralstelle für Weinbau hat insbesondere die folgenden Aufgaben Zentralstelle für Weinbau zu erfüllen:

¹⁾ SR 910.1

²⁾ SR 916.140

³⁾ SAR 910.100

⁴⁾ SAR 661.110

⁵⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 453).

- a) Durchführung des Bewilligungs- und Meldeverfahrens für Neuanpflanzungen und die Erneuerung von Rebflächen (Art. 2 und Art. 3 der Weinverordnung);
- b) Führung des Rebbaukatasters (Art. 4 der Weinverordnung);
- c) Beseitigung widerrechtlich angepflanzter Reben (Art. 6 der Weinverordnung);
- d) Organisation, Durchführung und Überwachung der Weinlesekontrolle (Art. 8 und Art. 9 der Weinverordnung);
- e) Verfügungen betreffend die Deklassierung von Traubenposten (Art. 16 der Weinverordnung);
- f) Zusammenarbeit mit dem kantonalen Weinbauverband (Art. 180 des Landwirtschaftsgesetzes);
- g) Beratung der Weinbauern (§ 4 des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes).

§ 3

AOC-Kommission

¹ Für die Durchführung der kontrollierten Ursprungsbezeichnung setzt das Departement Finanzen und Ressourcen eine AOC-Kommission ein. Diese setzt sich zusammen aus 5–7 Vertretern oder Vertreterinnen der Weinbranche und eventuell anderer interessierter Kreise wie etwa der Konsumentenschaft sowie von Amtes wegen dem Leiter oder der Leiterin der Zentralstelle für Weinbau.¹⁾

² Die AOC-Kommission hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

- a) Überprüfung betreffend die Einhaltung der Vorschriften für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung (Art. 11 der Weinverordnung);
- b) Entzug der AOC-Deklaration bei Weinen, die den AOC-Vorschriften nicht entsprechen, bei gleichzeitiger Meldung an den Kantonschemiker (Art. 16 der Weinverordnung).

³ Für ihre Tätigkeiten erhebt die AOC-Kommission Gebühren, die nach dem tatsächlichen Aufwand bemessen werden. Der Ansatz pro Stunde beträgt Fr. 60.–.

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 453).

B. Rebbauskataster

§ 4

¹ Die Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen eines Rebgrundstückes sind verpflichtet, jeweils bis Ende April jeden Jahres der Zentralstelle für Weinbau die notwendigen Angaben für den Rebbauskataster zu melden. Meldepflicht,
Gebühren

² Für die Zulassung von Rebflächen zur gewerblichen Weinerzeugung sind vorab die folgenden Aufnahmekriterien zu erfüllen:

- Hangneigung
- Höhe über Meer
- Exposition
- Wahrung der Interessen des Naturschutzes

³ Die Zentralstelle für Weinbau entscheidet über Gesuche für die Zulassung von neuen Rebflächen nach Anhörung der Abteilung Landschaft und Gewässer des Departements Bau, Verkehr und Umwelt. ¹⁾

⁴ Die Zentralstelle für Weinbau erhebt für die Behandlung von Gesuchen betreffend Neuanpflanzungen und Erneuerungen eine Gebühr von Fr. 300.–. Bei besonders aufwendigen Verfahren kann die Gebühr bis Fr. 1000.– erhöht werden.

C. Weinlesekontrolle

§ 5

Die Weinlesekontrolle bezweckt, die Bezahlung der Traubenposten und der Weine nach der Qualität zu fördern. Zweck

§ 6

¹ Die Kontrolleure oder Kontrolleurinnen werden auf Antrag der Zentralstelle für Weinbau durch das Departement Finanzen und Ressourcen ernannt. Sie erhalten das für die Kontrolle notwendige Material leihweise von der Zentralstelle. ²⁾ Organisation

² Die Kontrolleure und Kontrolleurinnen haben die erforderlichen Ausbildungs- und Repetitionskurse zu bestehen und müssen sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit an die Weisungen der Zentralstelle halten.

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 453).

²⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 454).

Aufgaben,
Durchführung
der Kontrolle

§ 7

¹ Im Rahmen der Weinlesekontrolle werden die abgelieferte Traubenmenge sowie der natürliche Zuckergehalt erfasst.

² Alle verkauften oder selbst gekelterten Traubenposten sind durch die mit der Kontrolle der Weinlese beauftragten Personen auf den entsprechenden Formularen (Kontrollattest/Traubenpass) einzutragen.

³ Es steht den interessierten Produzenten und Produzentinnen bzw. den Käufern und Käuferinnen frei, bei der Bestimmung der Öchslegrade anwesend zu sein. Eine Einsprache gegen die Richtigkeit der Qualitätskontrolle kann nur unmittelbar nach deren Vornahme erhoben werden. In diesem Falle macht der Kontrolleur oder die Kontrolleurin gemäss Wegleitung sofort eine zweite Probe mit Bestimmung der Öchslegrade. Massgebend für die Eintragung in den Wägungsattest ist das Resultat der zweiten Probe.

⁴ Die Wägungsatteste sind amtliche Dokumente und massgebend für die Qualitätsbezahlung. Sie sind ohne genaue Angaben über die Traubensorten und die Ursprungsbezeichnungen sowie ohne die Unterschrift des Kontrolleurs oder der Kontrolleurin ungültig.

⁵ Die Kontrolleure und Kontrolleurinnen haben die Tagesrapporte sofort nach Beendigung der Arbeit zu erstellen und der Zentralstelle mit den Wägungsattesten auszuhändigen. Die Zentralstelle hat die Rapporte während 3 Jahren aufzubewahren.

⁶ Die Zentralstelle für Weinbau stellt die Schlussabrechnung der Kontrolleure oder Kontrolleurinnen dem Bundesamt für Landwirtschaft zu.

D. Mindestzuckergehalt und Mengenbegrenzung

§ 8¹⁾

Mindest-
zuckergerhalte

Das Departement Finanzen und Ressourcen legt nach Anhörung der Weinbranche die Mindestzuckergerhalte von weissen und roten Traubenposten, unter besonderer Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse, jährlich vor der Ernte fest (Art. 64 Abs. 3 des Landwirtschaftsgesetzes, Art. 14 Abs. 1 der Weinverordnung).

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 454).

§ 9¹⁾

Das Departement Finanzen und Ressourcen legt nach Anhörung der Weinbranche jährlich vor der Ernte die für die einzelnen Kategorien maximal zulässigen Erträge pro m² und Sorte fest (Art. 14 Abs. 2–5 der Weinverordnung). Höchstserträge

§ 10

Die Zentralstelle für Weinbau verfügt die Einteilung in eine tiefere Kategorie, wenn die Traubenposten die gemäss § 8 festgelegten Mindestzuckergehalte unterschreiten bzw. wenn die Erntemenge die nach § 9 bestimmten Höchstmengen übersteigt. Deklassierung

E. Kontrollierte Ursprungsbezeichnung**§ 11**

Der geografische Ursprung sowie die Bezeichnungen «Kontrollierte Ursprungsbezeichnung» bzw. «Appellation d'Origine Contrôlée» (AOC) dürfen nur für Weine der Kategorie 1 verwendet werden, wenn die in den §§ 12–19 enthaltenen Voraussetzungen erfüllt sind. Zweck und Definition

§ 12

Parzellen, aus denen AOC-Weine gewonnen werden sollen, müssen einem genau definierten Lage-, Gemeinde- oder einem einheitlichen Produktionsgebiet gemäss § 13 Abs. 2 angehören. Abgrenzung des Produktionsgebietes

§ 13

¹ Als einheitliche Produktionsgebiete gelten geografisch zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden, aus deren Reblagen Weine mit ähnlichen Eigenschaften hervorgebracht werden. Einheitliche Produktionsgebiete

² Die einheitlichen Produktionsgebiete werden wie folgt festgelegt:

1. Jura-Süd

Thalheim – Oberflachs – Schinznach-Dorf – Villnachern – Auenstein – Biberstein – Küttigen – Erlinsbach

2. Aargau Süd

alle Rebgemeinden südlich von Aare und Limmat

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 454).

3. Geissberg

Mettau – Wil – Hottwil – Mandach – Böttstein – Villigen – Remigen – Mönthal

4. Fricktal

Bözen – Effingen – Elfingen – Frick – Gansingen – Gipf-Oberfrick – Herznach – Hornussen – Kaisten – Magden – Oberhof – Oberhofen – Obermumpf – Oeschgen – Sulz – Ueken – Wallbach – Wittnau – Wölflinswil – Zeiningen

5. Unteres Aaretal / Limmattal

Klingnau – Döttingen – Tegerfelden – Endingen – Lengnau – Schneisingen – Würenlingen – Siggenthal – Kirchdorf – Ennetbaden – Wettingen – Würenlos

³ Mischungen von Weinen aus verschiedenen Reblagen innerhalb eines einheitlichen Produktionsgebietes dürfen den Namen einer der dort gelegenen Gemeinde tragen, sofern der Wein aus dieser Gemeinde mehr als die Hälfte der Gesamtmenge der Weinmischung ausmacht. Lagebezeichnungen dürfen für solche Weine nicht verwendet werden.

⁴ Mischungen von Weinen aus verschiedenen einheitlichen Produktionsgebieten müssen als Aargauer Weine bezeichnet werden.

§ 14

Rebsorten

¹ Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung können mit sämtlichen im schweizerischen Rebsortenverzeichnis aufgeführten Sorten sowie mit den von der eidgenössischen Lebensmittelverordnung vom 1. März 1995 (LMV) ¹⁾ zugelassenen Mischungen hergestellt werden.

² Für den Anbau im Kanton Aargau besonders zu empfehlen sind die folgenden Rebsorten:

I. Weissweinsorten

1. Bacchus
2. Chardonnay
3. Charmont
4. Chasselas/Gutedel
5. Elbling
6. Gewürztraminer
7. Kerner
8. Müller-Thurgau/Riesling×Sylvaner
9. Pinot blanc
10. Pinot gris/Malvoisie/Ruländer

¹⁾ SR 817.02

11. Räuschling
12. Riesling
13. Sauvignon blanc

II. Rotweinsorten

1. Diolinoir
2. Dornfelder
3. Frühburgunder
4. Gamaret
5. Gamay×Reichensteiner B 28
6. Pinot noir/Blauburgunder/Clevner
7. Zweigelt

§ 15

Traubengut, das für die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung verwendet wird, muss aus Parzellen stammen, die nach anerkannter rebbaulicher Praxis bzw. den von den eidgenössischen Forschungsanstalten empfohlenen Methoden bewirtschaftet werden. Anbaumethoden

§ 16¹⁾

Für Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung gilt der jährlich vom Departement Finanzen und Ressourcen festgelegte Mindestzuckergehalt der Kategorie 1. Mindestzuckergehalt

§ 17²⁾

Für Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung gelten die jährlich vom Departement Finanzen und Ressourcen festgelegten Höchstserträge. Höchstserträge

§ 18

Für die Bereitung der AOC-Weine gelten die Richtlinien der guten önologischen Herstellungspraxis gemäss den eidgenössischen Forschungsanstalten. Methoden der Weinbereitung

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 454).

²⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 454).

Analyse und sensorische Prüfung	<p>§ 19</p> <p>¹ Die Produzenten und Produzentinnen sind verpflichtet, ihre AOC-Weine stichprobenweise für eine Analyse und eine sensorische Prüfung der AOC-Kommission zur Verfügung zu stellen.</p> <p>² Die analytische Prüfung erstreckt sich mindestens auf folgende Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Gesamtsäure; b) pH-Wert; c) Alkoholgehalt; d) gesamte schweflige Säure. <p>³ Die sensorische Prüfung umfasst die Kriterien Aussehen, Geruch, Geschmack und Gesamteindruck. «Ungenügend» eingestufte Weine dürfen die AOC-Bezeichnung nicht verwenden und werden zu Weinen der Kategorie 3 deklassiert.</p> <p>⁴ Analyse und sensorische Prüfung entfallen für Weine, die mit einem anerkannten Label ¹⁾ versehen sind.</p>
Kosten	<p>§ 20</p> <p>Die Kosten für die analytische und die sensorische Prüfung sowie die administrativen Aufwendungen gehen zu Lasten der Produzenten und Produzentinnen.</p>

F. Schlussbestimmungen

Rechtsschutz und Strafbestimmungen	<p>§ 21</p> <p>¹ Gegen Verfügungen der Zentralstelle für Weinbau kann innert 20 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde eingereicht werden.</p> <p>² Gegen Entscheide der AOC-Kommission kann innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt schriftlich und begründet Einsprache bei der AOC-Kommission erhoben werden.</p> <p>³ Gegen Einspracheentscheide der AOC-Kommission kann beim Departement Gesundheit und Soziales Beschwerde geführt werden. Der weitere Rechtsweg und die Strafbestimmungen richten sich nach den Vorschriften des Lebensmittelrechts. ²⁾</p>
------------------------------------	---

¹⁾ Zurzeit «Vinatura», «Winzer Wy» und «Natürlich Aargau»

²⁾ Fassung gemäss Ziff. 115 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 454).

§ 22

Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt Inkrafttreten am 1. Mai 2000 in Kraft.

§ 23

Mit dieser Verordnung sind aufgehoben:

Aufhebung
bisherigen Rechts

- a) Vollziehungsverordnung zur Verordnung des Bundesrates über den Rebbau und den Absatz der Rebbauerzeugnisse (Weinstatut) vom 6. August 1954 ¹⁾;
- b) Verordnung über die Ursprungsbezeichnung und die Mengenbegrenzung im Rebbau vom 31. August 1993 ²⁾;
- c) Verordnung über die Erneuerung von Rebbergen vom 26. August 1955 ³⁾;
- d) Verordnung über die Weinlesekontrolle vom 11. September 1959 ⁴⁾.

¹⁾ AGS Bd. 4 S. 189; Bd. 7 S. 444 (SAR 915.711)

²⁾ AGS Bd. 14 S. 462; 1995 S. 153 (SAR 915.713)

³⁾ AGS Bd. 4 S. 292 (SAR 915.731)

⁴⁾ AGS Bd. 4 S. 755 (SAR 915.771)